



Tarifrunde 2005

Eisen- und Stahlindustrie

Sozialökonomische Rahmenbedingungen

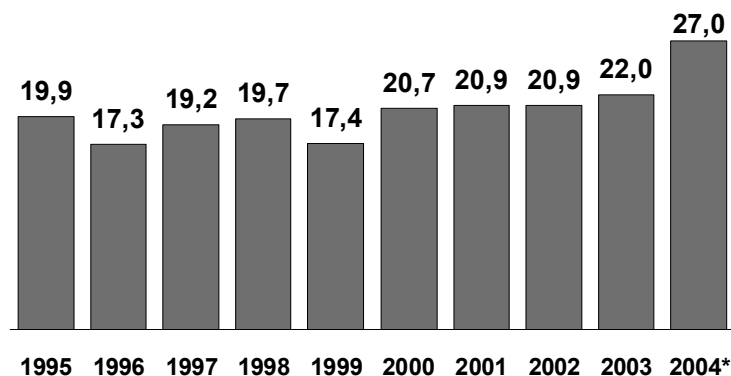
- ✓ Steigerung der Rohstahlproduktion im Jahr 2004 um 3,6 Prozent
- ✓ Umsatzzuwächse von 22,7 Prozent im Jahr 2004
- ✓ Stahlboom wird auch 2005 anhalten

Eisen- und Stahlindustrie (WZ 27.10)

Umsatzentwicklung 1995 – 2004* (in Milliarden Euro)



| Vorstand



*) Hochrechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt

Herausgeber:

**IG Metall
FB Wirtschaft-Technologie-Umwelt
Wilhelm-Leuschner-Straße 79**

60329 Frankfurt am Main

Redaktion:	Uwe Fink
Layout:	Ursula Schuster
Telefon:	069/6693 - 2630
Fax:	069/6693 - 80 - 2630
Internet:	www.igmetall.de/download/
e-mail :	uwe.fink@igmetall.de
Aktenplan :	411
<i>Blaue Reihe</i>	

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet !

Redaktionsschluss : Februar 2005

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Politische und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
1.1. Wachstum, Beschäftigung und Produktivität	6
1.2. Branchenrelevante Wachstumskomponenten	8
1.3. Preisentwicklung	12
2. Entwicklung und Entwicklungsperspektiven der Stahlindustrie	14
2.1. Entwicklung der Stahlindustrie 2004	14
2.1.1. Produktion	14
2.1.2. Umsatzentwicklung	17
2.1.3. Preisentwicklung	18
2.2. Kosten-Erlös-Relation	19
2.3. Prognose für die Entwicklung der Stahlindustrie in 2005	21
2.3.1. Der ifo-Geschäftsklimaindex	21
2.3.2. Die Entwicklung der Auftragseingänge in der Eisen- und Stahlindustrie	21
2.3.3. Entwicklung ausgewählter Abnehmerbranchen	23
2.3.4. Prognosen für die Eisen- und Stahlindustrie	25
3. Lohnentwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie	27
4. Gesamtwirtschaftlicher Verteilungsspielraum	29



1. Politische und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Tarifrunde in der Stahlindustrie findet 2005 vor dem Hintergrund eines sich deutlich abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs im allgemeinen und einer seit 2004 überaus positiv verlaufenden Stahlkonjunktur im besonderen statt. Sie fällt aber andererseits in eine politische Situation in der Angriffe auf gewerkschaftliche Errungenschaften und Positionen deutlich zunehmen und Gewerkschaften als Interessensvertretungsorgane der abhängig Beschäftigten eindeutig in die Defensive geraten.

Neoliberale Kreise aus Politik und Wirtschaft führen verstärkte Angriffe auf Strukturen der Mitbestimmung und den Flächentarifvertrag. Mit dem Hinweis auf die Sicherung des Standortes Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit fordern Unternehmer unter Androhung von Unternehmensverlagerungen Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich und den Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. Trotz des gegenwärtigen Booms in der Stahlindustrie führen maßgebliche Stahlkonzerne Kostensenkungsprogramme, auch verbunden mit Belegschaftsabbau durch. Dies sind die politischen Rahmenbedingungen welche die nächste Tarifrunde in der Stahlindustrie beeinflussen werden. Schon diese kurzen Hinweise zeigen, dass die nächste Tarifrunde in einer für Gewerkschaften und Arbeitnehmer schwierigen Situation durchgeführt werden wird, obwohl sich die wirtschaftliche Situation gerade der Stahlindustrie im abgelaufenen Jahr mehr als positiv entwickelt hat und alle Erwartungen von einem Fortgang des Booms im Jahr 2005 ausgehen.

Angetrieben durch den boomenden Welthandel ist die deutsche Wirtschaft nach einer dreijährigen Stagnationsphase wieder im Wachstum begriffen. Die inländische Nachfrage kommt jedoch unverändert nicht in Fahrt: Nur wenige Unternehmen erteilen der heimischen Industrie ausreichend Aufträge und die privaten Haushalte halten sich mit Ausgaben angesichts der unsicheren Lage (drastisch gestiegene Energiepreise, Steuererhöhungen auf Tabak und Kfz und Verteuerung der Sozialausgaben) zurück. Von der Öffentlichen Hand sind weiterhin keine zusätzlichen Impulse auf das Wirtschaftswachstum zu erwarten, da die Politik der Haushaltskonsolidierung durch die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU im Vordergrund steht.

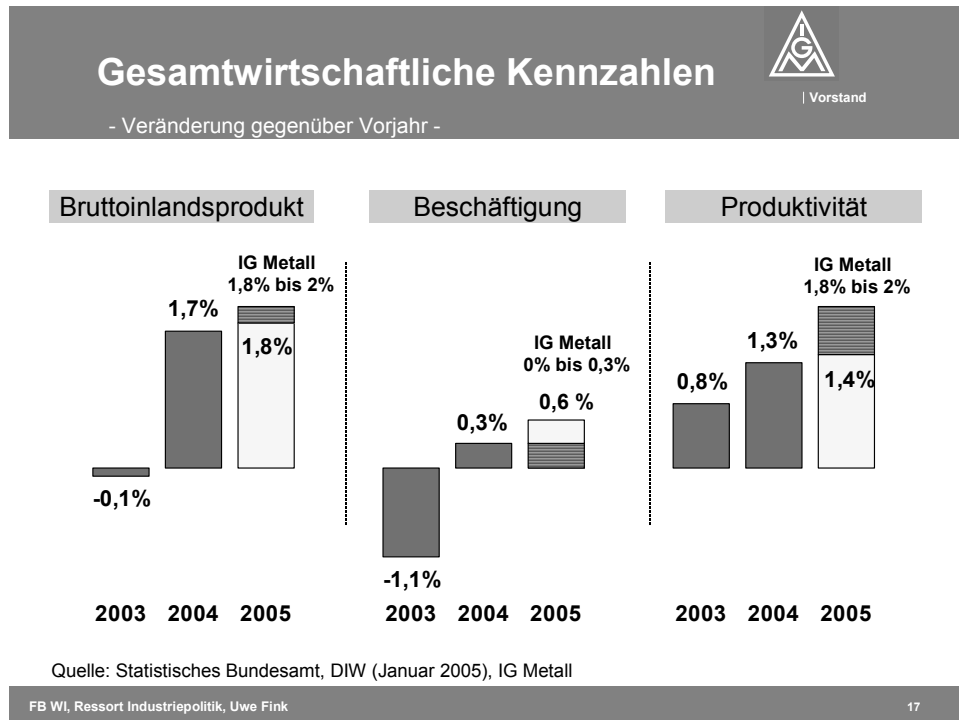
Dieser Investitions- und Konsumstau belebt einen seit Jahren andauernden Teufelskreis, der mit bisherigen neoliberalen Ansätzen nicht aufgebrochen werden kann. Nach wie vor herrscht in weiten Teilen der Bevölkerung große Verunsicherung über die eigene zukünftige finanzielle Situation. Zunehmende Abgabenlasten und Vorsorgeleistungen durch Kranken- und Rentenversicherung schmälern die Einkommen der privaten Haushalte dermaßen, dass durch die Einkommenssteuerreform entstandene Einkommenszuwächse sofort wieder aufgezehrt werden. Die somit ausfallende Nachfrage bremst die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Würde sich der Staat mit eigenen Aufträgen antizyklisch verhalten, könnte er die konjunkturelle Entwicklung wesentlich absichern und stützen. Dies aber würde weitere Verschuldung bzw. die Rücknahme der Steuerentlastung für Besserverdienende zur Folge haben. Daraus aber würden der Regierung Schröder Konflikte erwachsen, die diese nicht zu führen bereit ist.

1.1. Wachstum, Beschäftigung und Produktivität

Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts betrug im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1,7 Prozent. 2004 entfielen überdurchschnittlich viele Feiertage auf das Wochenende. Dies führte zu einem Produktionswert, der statistisch das gesamtwirtschaftliche Wachstum um einen halben Prozentpunkt gehoben hat. Kalenderbereinigt ist das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr lediglich um 1,1 Prozent gestiegen. Verglichen mit den Vorjahren fiel dieser sogenannte Kalendereffekt 2004 überdurchschnittlich stark aus.

Für dieses Jahr rechnet die IG Metall mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumssteigerung von 1,8 bis zwei Prozent. Das DIW schätzte im Januar 2005 das Wirtschaftswachstum auf 1,8 Prozent und die Bundesregierung auf 1,6 Prozent für das laufende Jahr. Die Bundesrepublik Deutschland hängt nach wie vor am Tropf der Weltkonjunktur. Gestiegene Rohstoffpreise und hohe Rohölpreise verteuern Produktion und Erzeugnisse. Der hohe Euro-Wert gegenüber dem US-Dollar verteuert Exporte in Wirtschaftsräume außerhalb des Euro-Raums. Diese Konjunkturrisiken, verbunden mit einer schwachen Inlandsnachfrage, können die gesamte wirtschaftliche Dynamik ins Stocken bringen. Allerdings hat der gegenwärtige Wechselkurs auch eine kompensierende Wirkung bezogen auf die weltweit gestiegenen Rohstoff- und Transportpreise, was insbesondere auch der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zugute kommt.

2004 kam der Arbeitsmarkt trotz des gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Wachstums nicht recht in Schwung. Die lahrende Binnenkonjunktur bremst weiterhin jeden Beschäftigungsaufbau. Bei einer Arbeitslosenquote von über zehn Prozent waren fast 4,5 Millionen Menschen in der Statistik der Bundesagenturen für Arbeit als Arbeitslose registriert. Zu Beginn dieses Jahres wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die fünf Millionen (!) Grenze überschritten. Leichte Beschäftigungszuwächse sind überwiegend auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurückzuführen wie zum Beispiel Ich-AG-Gründungen oder die Schaffung von sogenannten Mini-Jobs. Die IG Metall rechnet mit einer Stagnation am Arbeitsmarkt. Laut DIW-Prognose vom Januar 2005 wird die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr geringfügig um 0,6 Prozent steigen. Etwas positiver sieht die Bundesregierung die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit einem prognostizierten Beschäftigungsanstieg von 0,8 Prozent.



Die gesamtwirtschaftliche Produktivität befindet sich auch 2005 im Aufwärtstrend. Nach einer Steigerung von 1,3 Prozent im letzten Jahr erwartet die IG Metall in diesem Jahr für den Quotienten aus Wertschöpfung bzw. produzierter Menge und Zahl der Arbeitsstunden (bzw. Beschäftigten) einen Zuwachs von 1,8 bis zwei Prozent, während das DIW lediglich eine Erhöhung von 1,4 Prozent prognostiziert. Angesichts der zu erwartenden Beschäftigungsentwicklung dürfte die DIW-Prognose für die Produktivitätssteigerung zu niedrig liegen. Nebenbei bemerkt geht das den Unternehmerverbänden nahestehende Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) in seiner zuletzt im Oktober 2004 veröffentlichten Produktivitätsprognose für 2005 von einem Zuwachs von 2 Prozent aus.

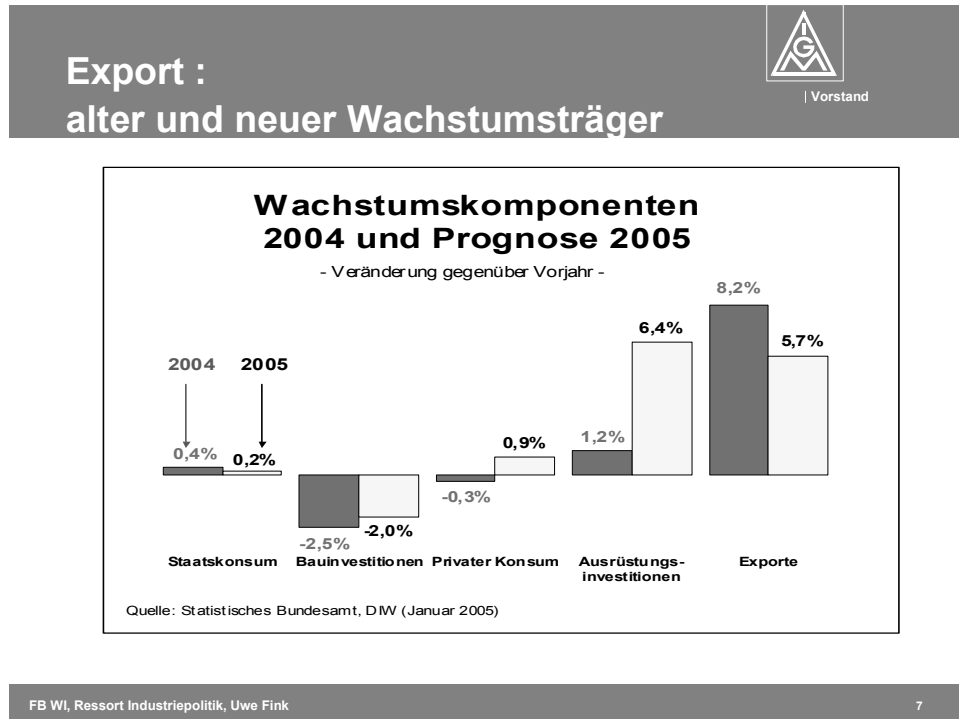
Neues vom Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Gutachten mit der Mär vom schlechten „Standort D“ aufgeräumt. Erstmalig wurde anerkannt, dass stetig steigende Exportzahlen für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit sprechen. Gleichwohl reiche die Auslandsnachfrage nach allen Erfahrungen der Vergangenheit nicht aus, um die inländische Nachfrageflaute zu kompensieren und somit für eine Erholung am Arbeitsmarkt zu sorgen. Leider hat der Sachverständigenrat die entsprechende Schlussfolgerung nicht gezogen: Es muss wieder mehr Geld in die Taschen der Beschäftigten kommen!

Auch Belege für die in letzter Zeit vielbemühte These zur Basarökonomie und dem damit einhergehenden Arbeitsplatzverlust konnten die Forscher nicht finden. Im Gegenteil: In einzelnen Branchen hat die Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland hiesige Jobs gesichert bzw. sogar neue Arbeitsplätze im Inland geschaffen.

1.2. Branchenrelevante Wachstumskomponenten

Die Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie profitieren von den hohen Exporten der stahlverarbeitenden Industrien wie Maschinenbau und Automobilindustrie. Davon sind überwiegend die Flachprodukte betroffen. Die Langprodukte hingegen werden mehr von der Konjunktur der Bauindustrie und öffentlichen Investitionen (z.B. Schienennetze) beeinflusst. Im einzelnen ist mit folgender Entwicklung der branchenrelevanten gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten zu rechnen:



Exporte

Der stark gestiegene Welthandel hat die deutschen Exporte im letzten Jahr in enorme Höhen getrieben. Nach einem rund achtprozentigem Zuwachs im Jahr 2004 wird in diesem Jahr mit einer leichten Beruhigung beim Wachstumstempo zu rechnen sein. Dämpfend wirken Faktoren wie eine mögliche Aufwertung des Euro und gleichbleibend hohe Preise für Rohöl, Rohstoffe und Stahl. Dennoch wird für die sich ohnehin auf hohem Niveau bewegendenden deutschen Exporte auch in diesem Jahr ein Zuwachs von beinahe sechs Prozent erwartet. Damit werden die Exporte weiterhin einen maßgeblichen Beitrag zum Wachstum der deutschen Wirtschaft leisten.

Die rapide gestiegenen Exporte führten im letzten Jahr zu einem Auftragsboom sowohl in wichtigen Abnehmerbranchen der Stahlindustrie als auch in der Eisen- und Stahlindustrie selbst.

Bauinvestitionen

Die deutsche Bauwirtschaft kommt angesichts des notorischen Auftragsmangels nicht aus der Krise. Jüngster Tiefpunkt ist die Insolvenz des drittgrößten Baukonzerns Walter Bau AG.

Nach der Sonderkonjunktur im Eigenheimbau 2003 hat die Kürzung der Eigenheimzulage im letzten Jahr zu einem Rückgang der privaten Baugenehmigungen von Januar bis September 2004 um 6,5 Prozent geführt. Auch die Zurückhaltung bei gewerblichen und öffentlichen Bauvorhaben ist nach wie vor groß. Das DIW erwartet für 2005 einen erneuten Rückgang der Bauinvestitionen um zwei Prozent nach einem Rückgang von 2,5 Prozent im Vorjahr.

Ausrüstungsinvestitionen

Nachdem im letzten Jahr die Unternehmen wenig in ihre Ausrüstungen investiert haben, wird in diesem Jahr mit einer deutlichen Steigerung der Investitionen von mehr als sechs Prozent gerechnet. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung auf einen sich auflösenden Investitionsstau. Nicht nur die rasant gestiegene Produktion für den Export macht Ersatzinvestitionen für einwandfrei funktionierende Produkte und Maschinen nötig. Im weltweiten Wettbewerb kann nur eine Ausrüstung bestehen, die auf dem aktuellsten Stand ist. Die Wirtschaftsforschungsinstitute verweisen deshalb darauf, dass in fast allen Branchen ein überdurchschnittlicher Nachholbedarf an Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen besteht.

Laut Herbstgutachten sollen sinkende Lohnstückkosten und günstige Finanzierungsbedingungen neben der zunehmenden Auslandsnachfrage die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in diesem Jahr deutlich erhöhen.

Staatskonsum

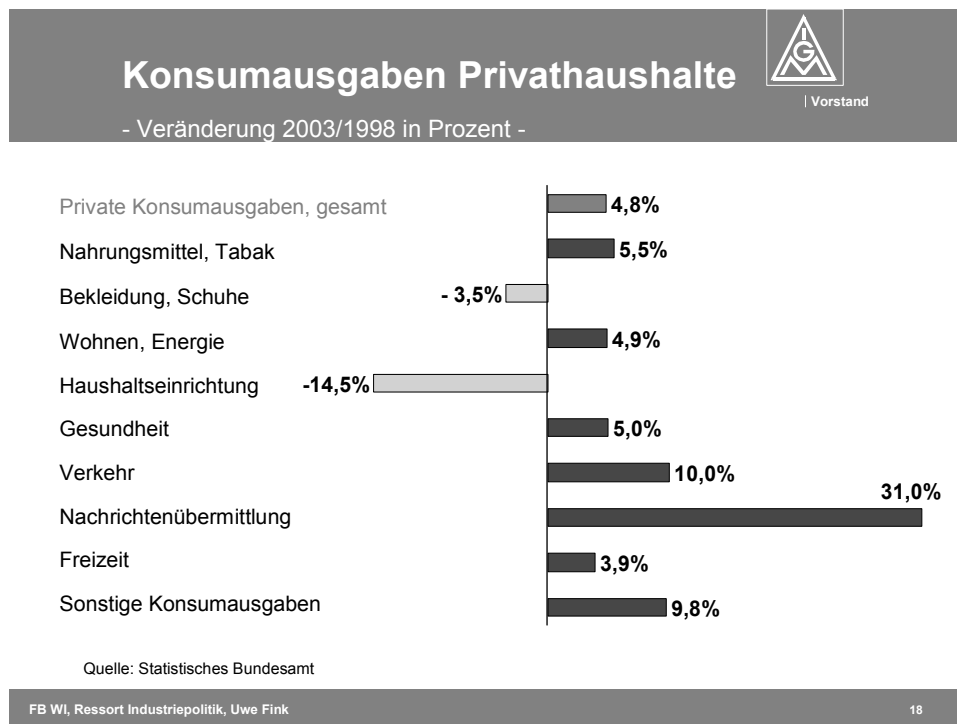
Im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute ähnlich wie im Vorjahr eine Stagnation der staatlichen Ausgaben. Gleichwohl wird dies nicht dazu führen, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze von drei Prozent zu unterschreiten. Für das Jahr 2005 ist mit einer staatlichen Neuverschuldung von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu rechnen.

Steigende Unternehmensgewinne des letzten Jahres haben zwar zu einem Ansteigen der Gewerbe- und Körperschaftssteuereinnahmen geführt, aber die schlechte Lage am Arbeitsmarkt hatte zum Einen vermehrte staatliche Unterstützungsleistungen zur Folge und zum Anderen sind die Einkünfte aus Lohnsteuern und Umsatzsteuer nicht wie erwartet gestiegen. Hohe Benzinpreise haben die Autofahrer zu einem sparsameren Tankverhalten veranlasst und ähnlich mager haben sich auch die staatlichen Einnahmen aus der Tabaksteuer entwickelt. In beiden Fällen haben die verursachten Preissteigerungen bei den Konsumenten zur Kaufzurückhaltung und auf staatlicher Seite zu stagnierenden bis rückläufigen Steuereinnahmen geführt. Die steuerlichen Einnahmequellen sind im letzten Jahr mehr geträufelt als gesprudelt.

Privater Konsum

2004 haben sich die stark verunsicherten Verbraucher nicht nur mit dem Kauf langlebiger Konsumgüter zurückgehalten. Auch in diesem Jahr ist nur mit einem schwachen privaten Konsum zu rechnen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden auch 2005 nur geringfügig zunehmen. Entlastungen durch die dritte Stufe der Einkommenssteuerreform werden durch vermehrte eigene Altersvorsorge und zusätzliche Beiträge zur Pflegeversicherung sowie für Zahnersatz und Krankengeld überkompensiert (siehe Kasten unten).

Nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes („Einkommensverbrauchsstichprobe 2003“) haben die deutschen Haushalte im Zeitraum 1998 bis 2003 ihre Konsumpräferenz deutlich zugunsten von Mobiltelefonen und PC usw. (Nachrichtenübermittlung plus 31 Prozent) verschoben. Damit liegt dieser Ausgabeposten deutlich über den durchschnittlichen Konsumausgaben der privaten Haushalte von 5 Prozent. Die Ausgaben für Verkehr stiegen im gleichen Zeitraum um 10 Prozent. Deutlicher wird die Konsumzurückhaltung bei der Anschaffung von Neuwagen angesichts des in den letzten fünf Jahren um 11 Prozent auf 93 Monate gestiegenen Durchschnittsalters der zugelassenen Pkw. Deutlich um 14,5 Prozent gesunken sind die Ausgaben für Haushaltseinrichtungen. Dieser Ausgabeposten schließt auch die Haushaltsgeräte (Weiße Ware) mit ein, deren Herstellerindustrie eine Abnehmerbranche der Stahlindustrie ist.



Die anhaltende Zukunftsangst veranlasst die Verbraucher, den Kauf langlebiger Wirtschaftsgüter auf „bessere Zeiten“ zu verschieben. Dem kann auch das nach wie vor niedrige Zinsniveau nicht entgegenwirken. Sinkende Zinsen müssten eigentlich den privaten Konsum stimulieren, da sich dadurch Wohnungsbau-, und Konsumentenkredite verbilligen. 2003 hat lediglich die drohende Kürzung der Ei-

genheimzulage diejenigen zum schnellen Erwerb eines Eigenheims veranlasst, die in naher Zukunft sowieso eigene „vier Wände“ kaufen wollten (Vorzieheffekt).

Die wichtigsten Änderungen 2005

BEITRAGSBEMESSUNGSGRENZEN: Die Einkommensgrenzen, bis zu denen Sozialabgaben zu zahlen sind, werden 2005 angehoben. Die neue Bemessungsgrenze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung liegt bei 5.200 Euro in Westdeutschland und bei 4.400 Euro im Osten. 2004 war diese Einkommensgrenze um 50 Euro niedriger. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steigt die in West- und Ostdeutschland einheitliche Bemessungsgrenze von 3.487,50 Euro auf 3.525 Euro im Monat.

PFLEGEVERSICHERUNG: Kinderlose bezahlen künftig 0,25 Prozentpunkte mehr in die gesetzliche Pflegeversicherung. Deren Beitrag erhöht sich damit auf 1,1 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Bruttolohnes. Kinderlose Bezieher des neuen Arbeitslosengeldes II und alle vor 1940 Geborenen sind davon ausgenommen.

ZAHNERSATZ: Ein neues Preissystem gewährt Festzuschüsse für Kronen, Brücken oder Prothesen. Dieser Zuschuss beträgt 50 Prozent der Regelversorgung, also jener Behandlung, die medizinisch "in der Regel" als angemessen gilt. Der Zuschuss wird unabhängig davon bezahlt, ob man sich für eine preiswerte oder eine aufwändige Lösung entscheidet. Wer regelmäßig und nachweislich die Zähne kontrollieren lässt, bekommt statt der Hälfte der Regelversorgungs-Kosten 60 bis 65 Prozent erstattet.

Zur Jahresmitte müssen Mitglieder der gesetzlichen Kassen von ihrem Bruttoeinkommen für den Zahnersatz einen Extrabeitrag von 0,4 Prozent und für die Krankengeldversicherung 0,5 Prozent zusätzlich aufbringen. **Die Arbeitgeber beteiligen sich daran dann nicht mehr.** Die Kassenbeiträge sinken dafür zum 1. Juli um 0,9 Prozentpunkte. Per saldo steigt damit die Belastung für Beschäftigte und Rentner aber um 0,45 Prozent. Durchschnittsverdiener zahlen dann monatlich rund elf Euro mehr.

RENTEN: Eine neue Rentenanpassungsformel mit dem so genannten Nachhaltigkeitsfaktor führt dazu, dass Rentenerhöhungen künftig noch stärker als bisher gebremst werden. Der Faktor berücksichtigt das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern: Verschlechtert sich dieses wegen einer steigenden Zahl von Arbeitslosen und/oder Rentnern, schlägt sich das in geringeren Rentenanpassungen nieder - und umgekehrt. Die knapp 20 Millionen Rentner müssen sich wegen der Konjunkturflaute ohnehin auf eine erneute Nullrunde zur Jahresmitte einstellen. Weil die Belastung aus Sozialabgaben auch für die Ruheständler steigt, wird der ausbezahlte Rentenbetrag im Jahresverlauf sogar leicht sinken.

KFZ-STEUER: Für 15,5 Millionen Autofahrer wird zum Jahresbeginn die Kraftfahrzeugsteuer angehoben. Je nach Schadstoffausstoß und Hubraum "rutschen" Fahrzeuge in eine höhere Klasse. Für Personenwagen mit Benzinmotoren in der älteren Schadstoffklasse Euro 1 etwa steigt die Kfz-Steuer von bisher 10,84 Euro pro Jahr und 100 Kubikzentimeter auf 15,13 Euro. Entsprechend verteuern sich

Autos mit Diesel-Motoren von 23,06 auf 27,35 Euro. Für ältere Modelle, für die schon länger hohe Steuern fällig sind, steigen die Sätze ebenfalls. Gleichzeitig läuft die steuerliche Förderung für die meisten Neufahrzeuge Ende 2004 aus. Danach werden nur noch "3-Liter-Autos" gefördert. Bestehende Steuerbefreiungen können jedoch noch bis Ende 2005 genutzt werden.

TABAKSTEUER: Nach den Preiserhöhungen 2004 müssen Raucher auch in diesem Jahr für eine Packung Zigaretten mehr bezahlen. Zum 1. September soll die dritte und bisher letzte Stufe der Tabaksteuererhöhung greifen. Wie zuvor verteuert sich jede Zigarette um 1,2 Cent. Allerdings sollen die Effekte der ersten und zweiten Stufe analysiert werden.

Quelle: dpa

1.3. Preisentwicklung

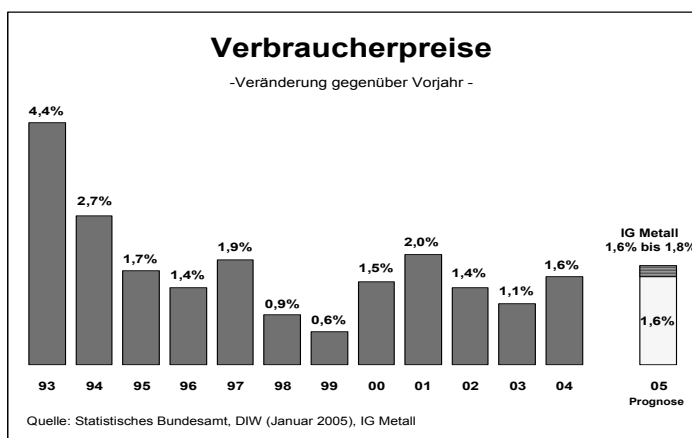
Die Lebenshaltungskosten sind 2004 im Jahresdurchschnitt um 1,6 Prozent gestiegen. Dazu beigetragen haben zusätzliche bzw. gestiegene Gesundheitskosten wie Einführung der Praxisgebühr und zunehmende Eigenbeteiligung bei Medikamenten. Die Gesundheitsreform 2004 hat die Ausgaben für Gesundheitspflege um 19,2 Prozent in die Höhe getrieben. Ohne Gesundheitsreform wäre die durchschnittliche Teuerungsrate um etwa 0,1 Prozentpunkte geringer ausgefallen. Der größte Preistreiber des letzten Jahres war aber die Entwicklung am Rohölmarkt, welche die Kosten für Kraftstoffe und Heizöl, Gas und Strom in bisher nicht gekannte Höhen getrieben hat. Ohne den enormen Anstieg der Rohölpreise hätte die Inflationsrate lediglich 1,4 Prozent betragen. Pessimisten warnen deshalb bereits wieder vor einer deflationären Stagnation.

Preise 2005:

kein Anhaltspunkt für Preisberuhigung



Vorstand



Für dieses Jahr rechnen Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass sich der Rohölpreis im Jahresdurchschnitt bei 38 bis 39 US-Dollar je Barrel stabilisiert. In der

Annahme, dass sich auch der Höhenflug des Euro beruhigt, rechnet die IG Metall mit einem Anstieg der Inflationsrate von 1,6 bis 1,8 Prozent. Das DIW prognostiziert für den gleichen Zeitraum eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,6 Prozent.

Somit liegt der gesamtwirtschaftlich definierte Verteilungsrahmen in einem Korridor von 3,0 (DIW) bis 3,8 Prozent (IG Metall). Dies markiert den Rahmen, den Tarifabschlüsse ausschöpfen können, ohne dass es zu einer Umverteilung zwischen Unternehmenseinkommen und den Arbeitseinkommen kommt.

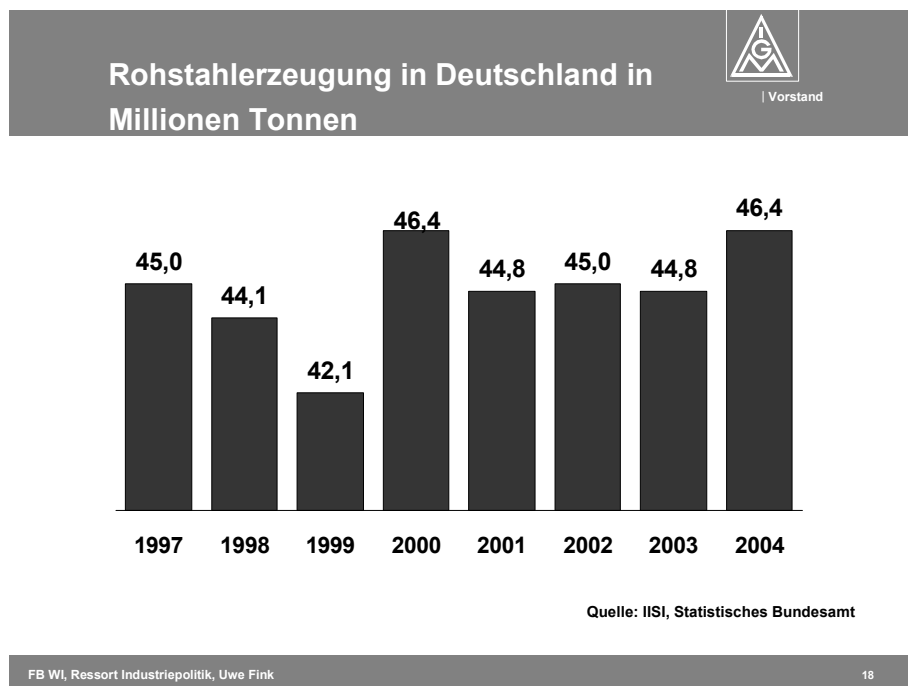
Ein Anstieg der Löhne und Gehälter in dem genannten Maße ist aus zwei Gründen zu rechtfertigen: zum einen ist dies aus konjunkturellen Gründen dringend geboten, denn die Nachfrage nach dem privaten Verbrauch muss gestärkt werden; zum anderen müssen die Arbeitnehmer einen zumindest gleichgewichtigen Verteilungsanteil am Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Ertrages erhalten.

2. Entwicklung und Entwicklungsperspektiven der Stahlindustrie

2.1. Entwicklung der Stahlindustrie 2004

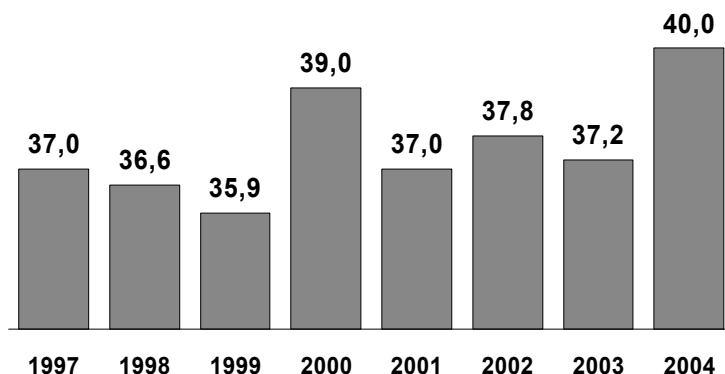
2.1.1. Produktion

Die deutsche **Rohstahlerzeugung** des Jahres 2003 blieb im Vergleich zu 2002 relativ stabil. Mit einer Jahresproduktion von 44,8 Millionen Tonnen lag sie nur knapp (0,4 Prozent) unter dem Niveau von 2002. **Deutliche Zuwächse bei der Rohstahlerzeugung wurden im Jahr 2004 erzielt.** Die Jahresproduktion erreichte mit **46,4 Millionen Tonnen** den höchsten Wert seit Anfang der neunziger Jahre. Das ist eine Steigerung der Produktion um 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die ersten Zahlen für 2005 bestätigen die Fortsetzung der Produktionszuwächse. Im Januar 2005 wurden 3,96 Millionen Tonnen Rohstahl produziert, das sind 1,5 Prozent mehr als im Januar 2004.



Die **Produktion der warmgewalzten Erzeugnisse** erreichte mit knapp **40 Millionen Tonnen im Jahr 2004** eine Rekordmarke. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Produktionssteigerung von 5,8 Prozent.

Produktion warmgewalzter Stahlerzeugnisse
in Deutschland in Millionen Tonnen



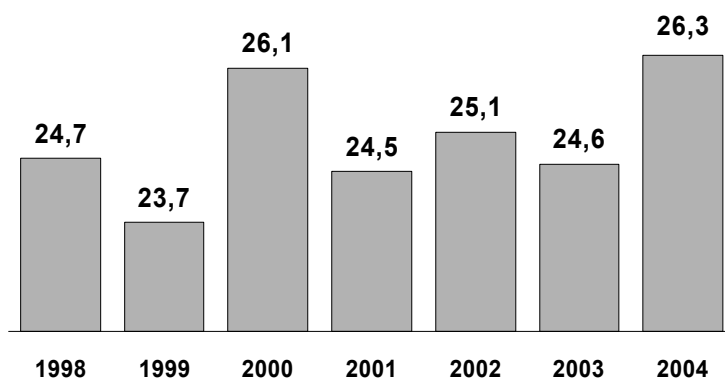
Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

6

26,3 Millionen Tonnen der warmgewalzten Stahlerzeugnisse entfielen **2004** auf die **Flacherzeugnisse**, deren Produktion gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Prozent gesteigert wurde.

Produktion der Flacherzeugnisse in
Deutschland in Millionen Tonnen



Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

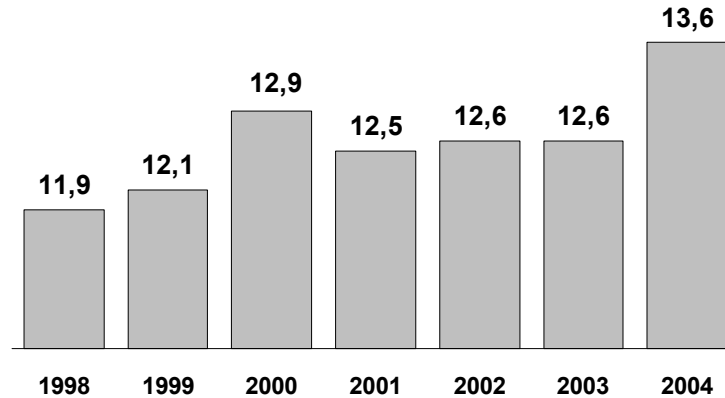
7

13,6 Millionen Tonnen der warmgewalzten Stahlerzeugnisse entfielen **2004** auf **Langerzeugnisse**, deren Produktion gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Prozent gesteigert wurde.

Produktion der Langerzeugnisse in Deutschland in Millionen Tonnen



| Vorstand



Quelle: Statistisches Bundesamt

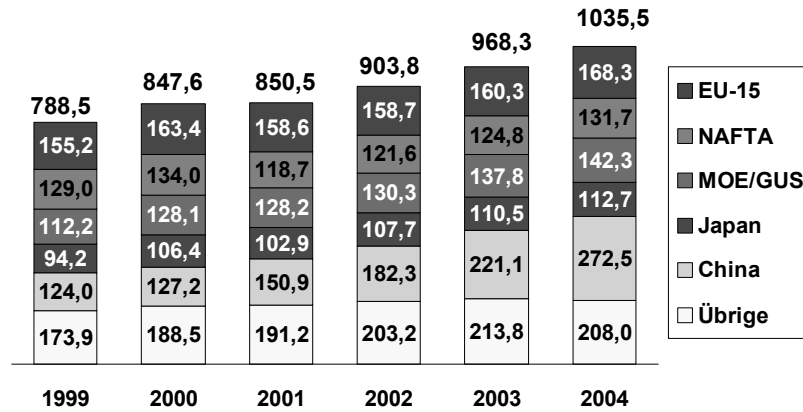
FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

21

Die Weltstahlproduktion hat sich in den vergangenen fünf Jahren massiv erhöht. Sie expandierte zwischen 1999 und 2004 um nicht weniger als 247 Millionen Tonnen oder 31,3 Prozent. Nach den Turbulenzen 1998/99 auf dem Weltmarkt für Stahl als Folge der wirtschaftlichen Krisen in Asien, Lateinamerika und Russland stieg seit 2000 die weltweite Rohstahlproduktion wieder an. Im Jahr 2004 wurde mit dem Rekordergebnis von weltweit 1.035,5 Millionen Tonnen produzierten Rohstahl die Milliarden-Grenze durchbrochen. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt fast 7 Prozent!

Die Hersteller der Europäischen Union (hier EU-15, vor der Osterweiterung im Mai 2004) liegen mit 168,3 Millionen Tonnen an zweiter Stelle hinter der VR China, dem Land mit der mengenmäßig größten Rohstahlproduktion von 272,5 Millionen Tonnen. Damit erzielte die VR China 2004 die größte Zuwachsrate der Rohstahlproduktion mit 23,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Zuwachs in der Europäischen Union (hier EU-15) betrug fünf Prozent.

Welt-Rohstahlproduktion nach Regionen (in Mio. t)



FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

Quelle: IISI

25

2.1.2. Umsatzentwicklung

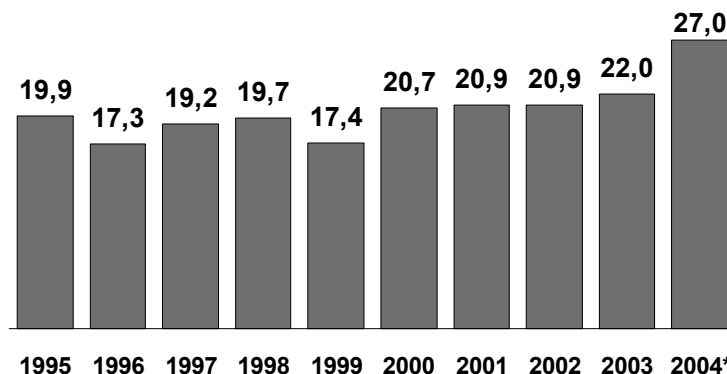
Betrachtet man statt der Produktionsquantitäten in Gewichtsklassen die **Umsatzentwicklung**, so zeigt sich für die deutsche Stahlindustrie, dass der Einbruch des Jahres 1999 um 11,7 Prozent auf rund 17,4 Milliarden Euro, schon im darauffolgenden Jahr mit einem Anstieg um 19,1 Prozent auf 20,7 Milliarden Euro mehr als ausgeglichen wurde. Dieses Umsatzniveau konnte bis 2002 gehalten werden. Ab 2003 führten die auf Stahlprodukte realisierten Preiserhöhungen zu deutlichen Umsatzsteigerungen, zunächst im Jahr 2003 um 5,3 Prozent und **im Jahr 2004 um sage und schreibe 22,7 Prozent auf einen Jahresumsatz von nahezu 27,0 Milliarden Euro** (Hochrechnung, basierend auf den Monatswerten Januar bis November). Verantwortlich hierfür sind sowohl die deutliche Produktionssteigerung als auch die realisierten Preiserhöhungen.

Eisen- und Stahlindustrie (WZ 27.10)

Umsatzentwicklung 1995 – 2004* (in Milliarden Euro)



Vorstand



*) Hochrechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

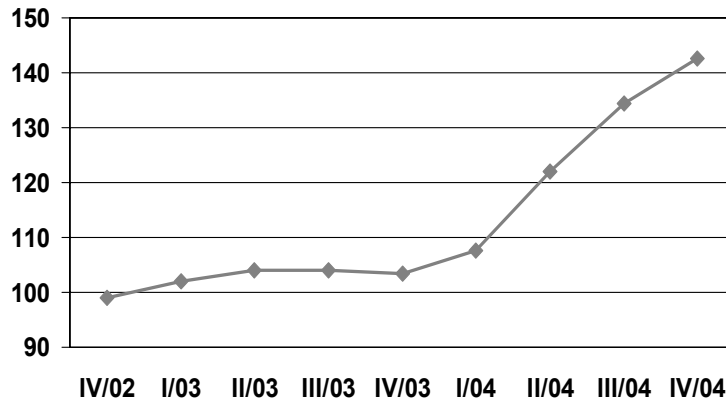
26

2.1.3. Preisentwicklung

Seit 2002 konnte die Stahlindustrie mehrere Preiserhöhungen durchsetzen, die vom Markt akzeptiert wurden. Besonders die im Jahr 2004 weltweit deutlich anziehende Nachfrage nach Stahl (China-Boom) und die damit einhergehende Verknappung der Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie, begünstigte die Preispolitik der Stahlkonzerne. Durch die seit 2003 realisierten Preissteigerungen konnte für die Produkte der Eisen- und Stahlindustrie erstmalig wieder das Preisniveau von 1995 erreicht werden. Die Preisentwicklung 2004 übertraf deutlich das Preisniveau von 1995! Zum Jahresende 2004 lag das erreichte Preisniveau rund 22,7 Prozent über dem Preisniveau von 1995. Untenstehende Grafik verdeutlicht, dass die Preiszuwächse kontinuierlich in den vier Quartalen des Jahres 2004 erzielt wurden.

Die Preissteigerungen auf Stahlprodukte resultieren zum Teil aus gestiegenen Preisen für Transport, Rohstoffe und Schrott aufzufangen, die aufgrund der chinesischen Nachfrage ebenfalls gestiegen sind. Kompensierend wirkt auf diese Preissteigerungen der Vormaterialien für die Stahlproduktion die Wechselkursentwicklung des Euro zum US-Dollar. Im Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit des Deutschen Bundestages vom 17. Januar 2005 wird festgestellt, dass sich unter Berücksichtigung der Wechselkursparität der Preisanstieg auf Rohstoffe seit Oktober 2001 auf weniger als die Hälfte reduziert.

Eisen- und Stahlindustrie:
Erzeugerpreise (Quartale, Index 2000 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

27

2.2. Kosten-Erlös-Relation

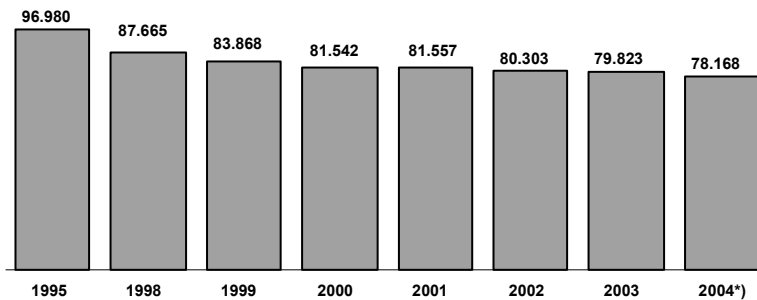
Die Entwicklung im Jahre 2004 hat erneut den engen Zusammenhang von Nachfrage- und Produktionsentwicklung auf der einen Seite und Produktivitäts- und Lohnstückkostenentwicklung auf der anderen Seite deutlich gemacht. Ein Ansteigen der Produktion bei gleichbleibender oder gar sinkender Beschäftigung führt zu steigender Produktivität und sinkenden Lohnstückkosten. Umgekehrt führen Produktionsrücknahmen in der Folge einer zeitverzögerten Anpassung der Beschäftigung zunächst zu einem Rückgang der Produktivität und steigenden Lohnstückkosten.

Eisen- und Stahlindustrie (WZ 27.10)

Beschäftigungsentwicklung 1995 – 2004*



| Vorstand



*) Hochrechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

25

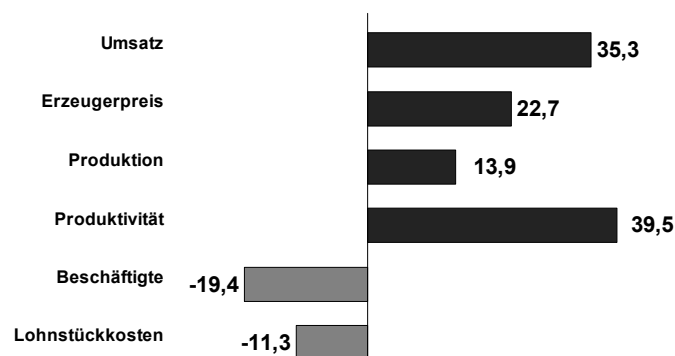
Die Anzahl der Beschäftigten wurde in der Eisen- und Stahlindustrie seit 1995 von knapp 97.000 als Resultat des Restrukturierungsprozesses kontinuierlich heruntergefahren. 2004 waren in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie nur noch knapp 78.000 Menschen beschäftigt. Dies ist eine Reduzierung von 19,4 Prozent. Aktuell wurde im Jahr 2004 die Beschäftigung um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr heruntergefahren. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, so dass auch 2005 durch Restrukturierungen und Kostensenkungsprogramme die Beschäftigtenzahlen in der Eisen- und Stahlindustrie weiter sinken werden.

Entwicklung der Stahlindustrie (WZ 27.1, ehem.

EGKS) 1995 – 2004* (Veränderung im Gesamtzeitraum in Prozent)



| Vorstand



*) Hochrechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

29

Im gleichen Zeitraum stieg die Produktion um 13,9 Prozent. Die Produktivität stieg im Zeitraum 1995 bis 2004 demnach um 39,5 Prozentpunkte. Die Lohnstückkosten verringerten sich von 1995 bis 2004 um 11,3 Prozent.

Bedeutsam ist gerade im Zusammenhang mit diesen Zahlen, dass die deutsche Stahlindustrie über nachhaltige Umstrukturierungen erreicht hat, dass Einbrüche in der Stahlkonjunktur in den vergangenen Jahren nicht mehr in entsprechende Verlustexplosionen münden, wie das noch in früheren Jahren der Fall war.

Dies ist vor allem umfangreichen Modernisierungen der Produktionsprozesse und Veränderungen der Arbeits- und Betriebsorganisationen sowie nachhaltigen Umstrukturierungen der Produktionspalette hin zu höherwertigen Stahlprodukten geschuldet.

2.3. Prognose für die Entwicklung der Stahlindustrie in 2005

Im folgenden sollen bestimmte Indikatoren die als Anhaltspunkte für den weiteren Verlauf der Stahlkonjunktur dienen kurz skizziert werden:

- Geschäftsklimaindex des ifo-Instituts
- Auftragseingang der Stahlindustrie in der Quartalsbetrachtung
- Der konjunkturelle Verlauf ausgewählter Abnehmerbranchen der Stahlindustrie
- Prognosen von Instituten und Verbänden für die Stahlindustrie

2.3.1. Der ifo-Geschäftsklimaindex

Der jeden Monat vom Münchner ifo-Institut durch Umfrage bei 7000 Unternehmen erhobene Geschäftsklimaindex gilt als **weicher Indikator** der konjunkturellen Entwicklung. Die befragten Unternehmen geben Einschätzungen zur Geschäftslage (gegenwärtige Entwicklung) und zu Geschäftserwartungen (zukünftige Entwicklung) an. Beides fließt in den Geschäftsklimaindex ein. Sind die Geschäftserwartungen positiv, steigt der Geschäftsklimaindex. Nach einer gängigen Faustformel würde der ifo-Geschäftsklimaindex einen Konjunkturaufschwung erst mit einem Anstieg an drei aufeinanderfolgenden Monaten signalisieren.

Zu Beginn des Jahres 2004 stieg der Geschäftsklimaindex deutlich an und bewegt sich seither im positiven Bereich. Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie sehen die Geschäftserwartung sehr positiv. Diese Einschätzung setzt sich 2005 fort. Stellvertretend sei an dieser Stelle der Vorstandschef von ThyssenKrupp Ekkehard Schulz mit einer Aussage auf der Hauptversammlung Mitte Januar 2005 zitiert: „Die Hochkonjunktur auf dem internationalen Stahlmarkt wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen.“ (dpa, 21.01.2005).

2.3.2. Die Entwicklung der Auftragseingänge in der Eisen- und Stahlindustrie

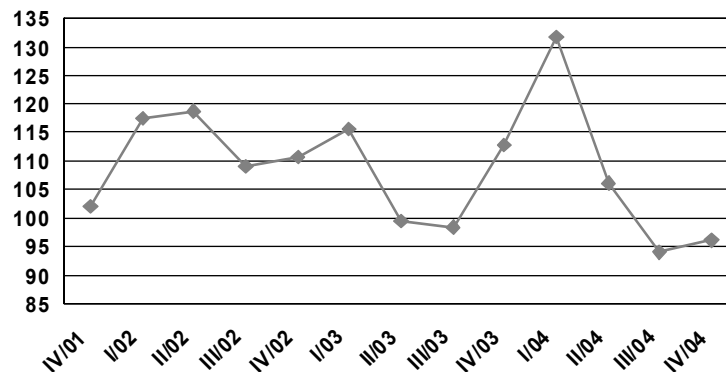
Neben den so genannten weichen Indikatoren, die auf Einschätzungen der Geschäftslage und Geschäftserwartungen beruhen, gibt es die wesentlich aussagefähigeren **harten Indikatoren**, die auf objektiven Daten beruhen. Dies sind die Auftragseingänge der jeweiligen Branche, welche die zukünftige Produktion fest-

legen und der aktuelle Produktionsverlauf und die Auftragseingänge der jeweiligen Abnehmerbranchen (siehe 2.3.3 Entwicklung ausgewählter Abnehmerbranchen).

Eisen- und Stahlindustrie (gesamt): Entwicklung der Auftragseingänge (4. Vj. 01 bis 3. Vj. 04, Index 2000 = 100)



| Vorstand



Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

33

Der Verlauf des Auftragseingangs der Eisen- und Stahlindustrie für das Jahr 2003 zeigt deutlich die Beeinflussung des Orderverhaltens der Abnehmerindustrien durch die Preispolitik der Stahlproduzenten. Im zweiten und dritten Quartal 2003 hielten sich die weiterverarbeitenden Industrien und der Stahlhandel deutlich mit Aufträgen zurück um die Stahlkonzerne zur Rücknahme ihrer Preiserhöhungen zu zwingen. Dieses Nachfrageverhalten verfehlte jedoch die angestrebte Wirkung. Ab dem vierten Quartal des Jahres 2003 schnellte die Nachfrage wieder hoch. Der größte Zuwachs wurde im ersten Quartal 2004 mit 13,9 Prozent erzielt. Der Zuwachs der Auftragseingänge setzte sich noch im zweiten Quartal mit einem Zuwachs von 6,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal fort. Vor allem die vom Export getragene konjunkturelle Erholung führte zu einer ungeahnten Nachfrage nach Stahl. Lieferengpässe der Stahlindustrie, die 2004 nahe an ihre Kapazitätsgrenze kam, waren keine Seltenheit. So kann auch der Rückgang der Auftragseingänge im dritten (-4,4 Prozent) und vierten (-17,3) Quartal 2004 durchaus mit dem Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten erklärt werden. Das erreichte hohe Niveau der Aufträge kann ohne Kapazitätserweiterungen nicht gehalten werden.

Auf die Exporte deutscher Stahlerzeugnisse wirkt sich die weitere Wechselkursentwicklung des Euro aus. Der gegenwärtig starke Euro (1 Euro entspricht rund 1,30 US-Dollar, Notierung Anfang Februar 2005) verteuert die Waren aus deutscher Produktion auf den Märkten außerhalb der Euro-Länder und kann dort zu Absatzrückgängen führen. Ursachen des schwachen US-Dollar sind:

- das anhaltende Handels- und Leistungsbilanzdefizit der USA und

- das Zinsgefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum, wodurch die Nachfrage nach dem Euro steigt und der Wert des US-Dollar fällt.

Diese Ursachen werden kurzfristig nicht zu beheben sein, so dass der für deutsche Exporte ungünstige Wechselkurs noch weiter bestehen bleiben wird. Allerdings muss auch berücksichtigt werden, dass der gegenwärtige Wechselkurs dämpfend auf die Preiserhöhungen der in US-Dollar gehandelten Rohstoffen (z.B. Erze) wirkt. Erze, Schrott und Transportpreise sind im vergangenen Jahr aufgrund der erheblich gestiegenen chinesischen Nachfrage auf dem Weltmarkt erheblich verteuert worden.

2.3.3. Entwicklung ausgewählter Abnehmerbranchen

Auswirkungen auf die Auftragseingänge in der Eisen- und Stahlindustrie lassen sich mit dem Konjunkturverlauf der Abnehmerbranchen abschätzen.

Rund 35 Prozent des erzeugten Walzstahls werden in der Automobil- und Automobilzuliefererindustrie eingesetzt. Damit ist die Automobilindustrie die bedeutendste Abnehmerbranche der Eisen- und Stahlindustrie. Im Maschinenbau werden rund 15 Prozent des erzeugten Walzstahls verwendet, ungefähr der gleiche Anteil, wenn auch eine andere Produktpalette kommt in der Bauindustrie zur Weiterverarbeitung. Im folgenden wird der aktuelle Konjunkturverlauf der Automobilindustrie und des Maschinenbaus dargestellt. Anmerkungen zur seit Jahren kriselnden Bauindustrie finden sich in Kapitel 1.2.2 Branchenrelevante Wachstumskomponenten auf Seite 9.

Die konjunkturelle Lage des Straßenfahrzeugbaus und des Maschinenbaus erholte sich 2004 zusehends. Die Produktion beider Branchen stieg im vergangenen Jahr deutlich an und dies wird sich auch in 2005 fortsetzen.

Automobilindustrie (Kraftwagen und Teile)

Die Produktion in der Automobilindustrie (Kraftwagen und Teile) ist 2004 um rund 6,0 Prozent gestiegen. Allerdings bietet die Automobilindustrie kein einheitliches Bild. Analysten sprechen von einer „mehrfach gespaltenen Konjunktur“. Besonders große Produktionszuwächse erzielte die Zulieferindustrie. Erfreulich entwickelte sich das Geschäft mit Nutzfahrzeugen und die Exporte von Pkw, während die Entwicklung der Neuzulassungen in der Bundesrepublik Deutschland rückläufig war. Prognosen erwarten für das Jahr 2005 eine - wenn auch leicht abgeschwächte - Fortsetzung der Konjunktur der Automobilindustrie. Der ifo-Branchendialog vom Oktober 2004 geht von einem Produktionswachstum von 4,0 Prozent aus, während die Commerzbank (Prognose vom Januar 2005) den Produktionszuwachs für 2005 mit 4,5 Prozent etwas positiver einschätzt. Für die Exportentwicklung wird von einer Stagnation auf hohem Niveau im Jahr 2005 ausgegangen, während sich der Binnenmarkt, legt man das in den letzten fünf Jahren um 11 Prozent auf 93 Monate gestiegene Durchschnittsalter der Pkw zugrunde, in 2005 langsam erholen könnte. Allerdings ist dies aufgrund der Kaufkraftschwäche der privaten Haushalte mit einem Fragezeichen zu versehen.

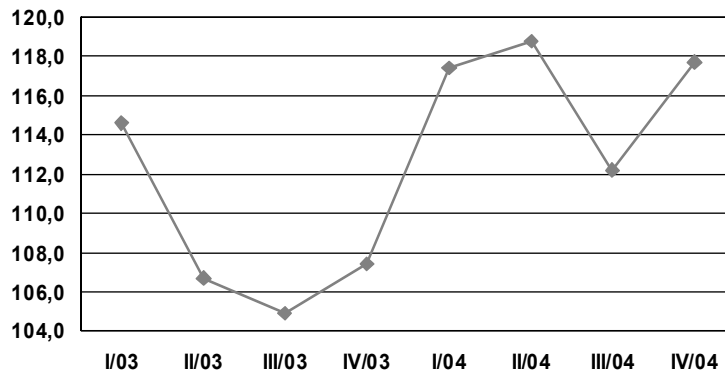
Die Zuwächse der Auftragseingänge im letzten Halbjahr 2004 (6,9 Prozent im dritten Quartal und 9,5 Prozent im vierten Quartal jeweils gegenüber den Vorjahresquartalen) unterstreichen die Produktionsprognosen für 2005.

Automobilindustrie*: Auftragseingänge

(1. Vj. 2003 bis 3. Vj. 2004, Index 2000 = 100)



| Vorstand



*) Kraftwagen und Teile (WZ 34)

Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

36

Maschinenbau

Die Produktion im Maschinenbau ist 2004 um rund 4,0 Prozent gestiegen. Verantwortlich für diesen Boom waren vor allem die Exporte. Trotz ungünstiger Wechselkursentwicklung konnten sich deutsche Maschinenbauerzeugnisse auch auf US-amerikanischen und chinesischen Märkten behaupten. Deutschen Maschinen sicherten ihren Wettbewerbsvorsprung durch Technologie und Qualität. Prognosen erwarten für das Jahr 2005 eine Fortsetzung der Konjunktur des Maschinenbaus. Der ifo-Branchendialog vom Oktober 2004 geht von einem Produktionswachstum von 4,0 Prozent aus, während die Commerzbank (Prognose vom Januar 2005) den Produktionszuwachs für 2005 mit 3,8 Prozent geringfügig schwächer einschätzt.

Nachfrageimpulse werden auch 2005 vor allem vom Export in die Europäische Union, die USA und die VR China kommen, allerdings wird auch ein Anziehen der deutschen Ausrüstungsinvestitionen erwartet. Problematisch bleiben Wechselkursentwicklung und Entwicklung der Rohstoff- bzw. Stahlpreise.

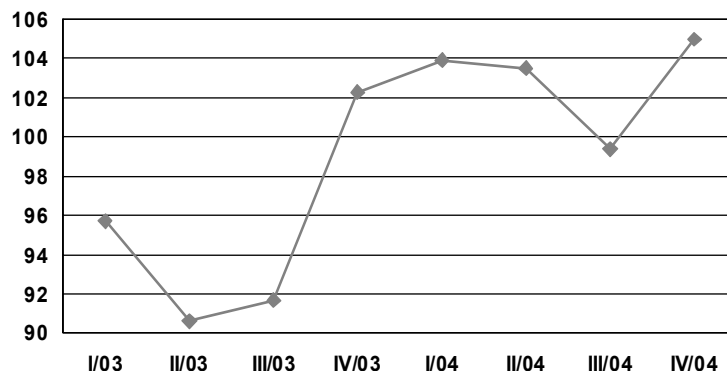
Die Zuwächse der Auftragseingänge im letzten Halbjahr 2004 (8,4 Prozent im dritten Quartal und 2,9 Prozent im vierten Quartal jeweils gegenüber den Vorjahresquartalen) unterstreichen die Produktionsprognosen für 2005.

Maschinenbau: Auftragseingänge

(1. Vj. 2003 bis 3. Vj. 2004, Index 2000 = 100)



| Vorstand



Quelle: Statistisches Bundesamt

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

39

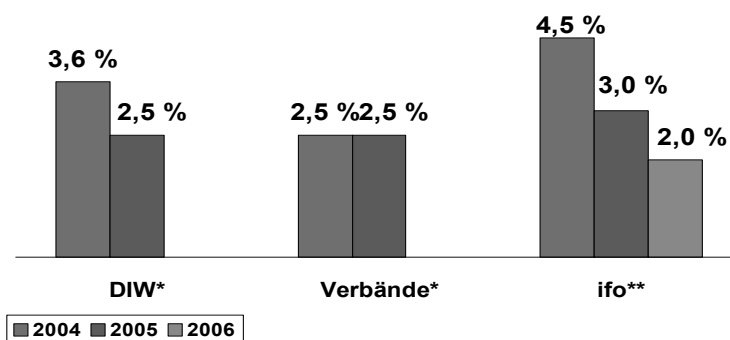
2.3.4. Prognosen für die Eisen- und Stahlindustrie

DIW, Verbände und ifo sehen für 2005 eine Fortsetzung des Stahlbooms ausgedrückt in den erwarteten Produktionszuwächsen die das DIW und die Verbände im Frühjahr 2004 mit 2,5 Prozent verhaltener einschätzten als das ifo-Institut mit einem Zuwachs von 3,0 Prozent im Herbst 2004. Das ifo-Institut hat bislang als einziges Institut eine Prognose für 2006 abgegeben. Es wird ein Zuwachs von 2,0 Prozent erwartet.

Prognosen zur Produktionsentwicklung 2004/05 der Eisen- und Stahlindustrie



| Vorstand



*) Industriepolitische Tagung des DIW Frühjahr 2004 (E.u.S.Ind.)

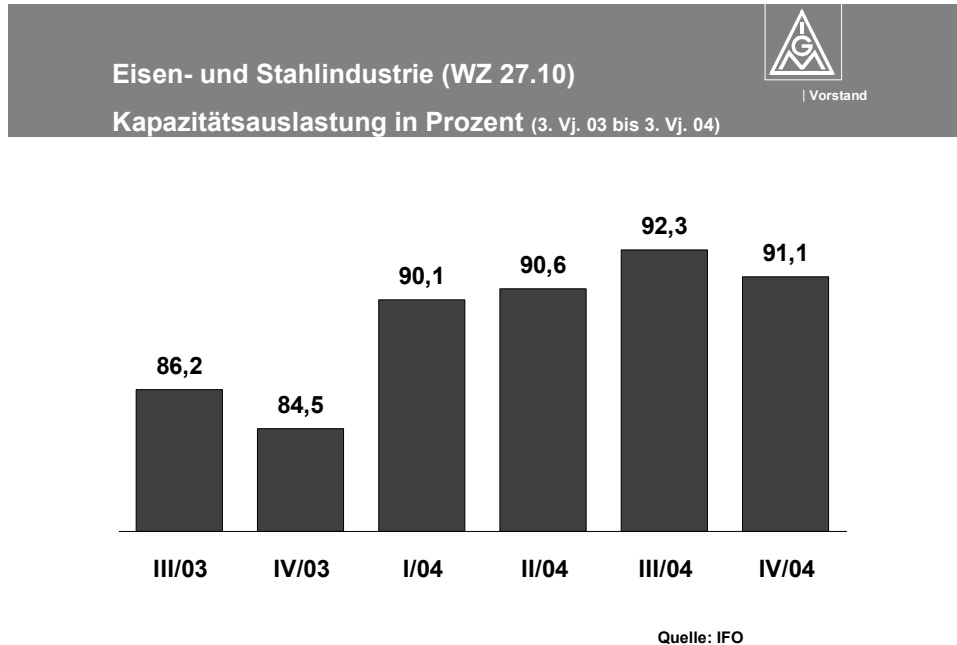
**) Branchendialog ifo Oktober 2004 bzw. ifo-Schnelldienst 22/2004, Prognose betrifft Metallerzeugung und -bearbeitung WZ 27. Dies ist mehr als die Eisen- und Stahlindustrie

Quelle: DIW, ifo

FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

41

Angesichts der im dritten und vierten Quartal erreichten Kapazitätsauslastung von 92,3 Prozent bzw. 91,1 Prozent verwundert es nicht, dass die erwarteten Produktionszuwächse in 2005 und 2006 geringer ausfallen. Für stärkeres Produktionswachstum müssten die Kapazitäten ausgebaut werden.



FB WI, Ressort Industriepolitik, Uwe Fink

31

Risiken für die Stahlindustrie sind die hohen Rohstoff-, Energie-, und Transportpreise und ein Überhitzen der chinesischen Wirtschaft. Bricht der China-Boom ab, so können die dann auftretenden chinesischen Überkapazitäten den weltweiten Stahlbooms empfindlich beeinträchtigen. Die chinesische Regierung hat die Gefahr der Überkapazitäten erkannt und den unkontrollierten Kapazitätsaufbau beendet. Darüber hinaus ist angesichts Struktur und ökologischer Grenzen der chinesischen Stahlindustrie davon auszugehen, dass diese mittelfristig umstrukturiert wird und veraltete Kapazitäten aus der Produktion genommen werden.

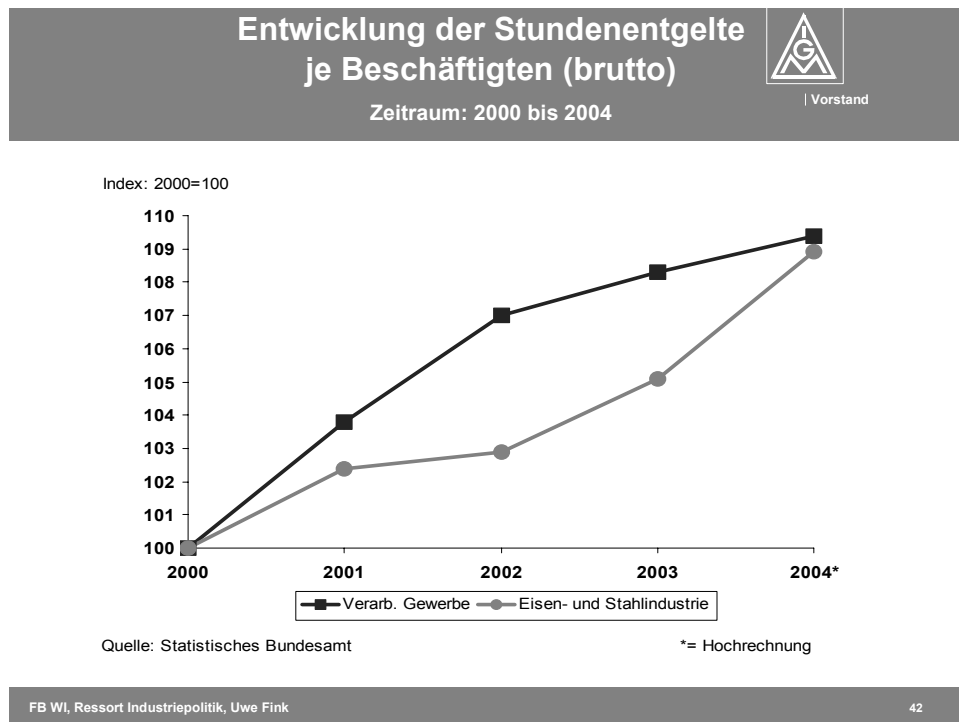
Insgesamt ist die ökonomische Ausgangslage für die Eisen- und Stahlindustrie für das Jahr 2005 günstig. Der 2004 begonnene Stahlboom setzt sich 2005 fort, was ein deutliches Ansteigen der Profite der Stahlunternehmen erwarten lässt.

Von der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Unternehmen wie von der allgemeinen Entwicklung der Stahlkonjunktur vor allem im kommenden Jahr ergeben sich also aus Sicht der Beschäftigten positive Ausgangsbedingungen für die Tarifrunde 2005 in der Stahlindustrie.

Der Realisierbarkeit der Tarifforderung der IG Metall stehen aus stahlwirtschaftlicher Sicht keine grundlegenden Restriktionen entgegen. Die überdurchschnittliche Branchenkonjunktur legt vielmehr die Überschreitung des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums durch eine Beteiligungskomponente nahe.

3. Lohnentwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie

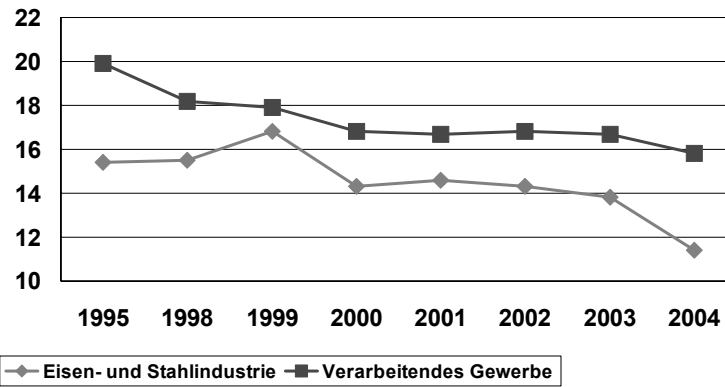
Die Steigerung der durchschnittlichen Brutto-Stundenentgelte in der Stahlindustrie ist bis 2003 hinter der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe zurückgeblieben. Erst 2004 konnten die Stundenentgelte der Stahlindustrie - vor allem bedingt durch Prämienzahlungen - wieder stärker wachsen. Die Stundenentgelte im verarbeitenden Gewerbe wuchsen in den letzten vier Jahren um rund zehn Prozent, in der Stahlindustrie um knapp neun Prozent.



Die Kapitalintensität in der Stahlindustrie liegt deutlich höher als im verarbeitenden Gewerbe. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz liegt deutlich unter dem Durchschnittswert des verarbeitenden Gewerbes. Die Tendenz des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz ist in der Stahlindustrie deutlich fallend. Der Anteil ist 2004 auf 11,4 Prozent gefallen. Lohnkosten sind in der Stahlindustrie nur eine nachgeordnete Kostenkomponente.



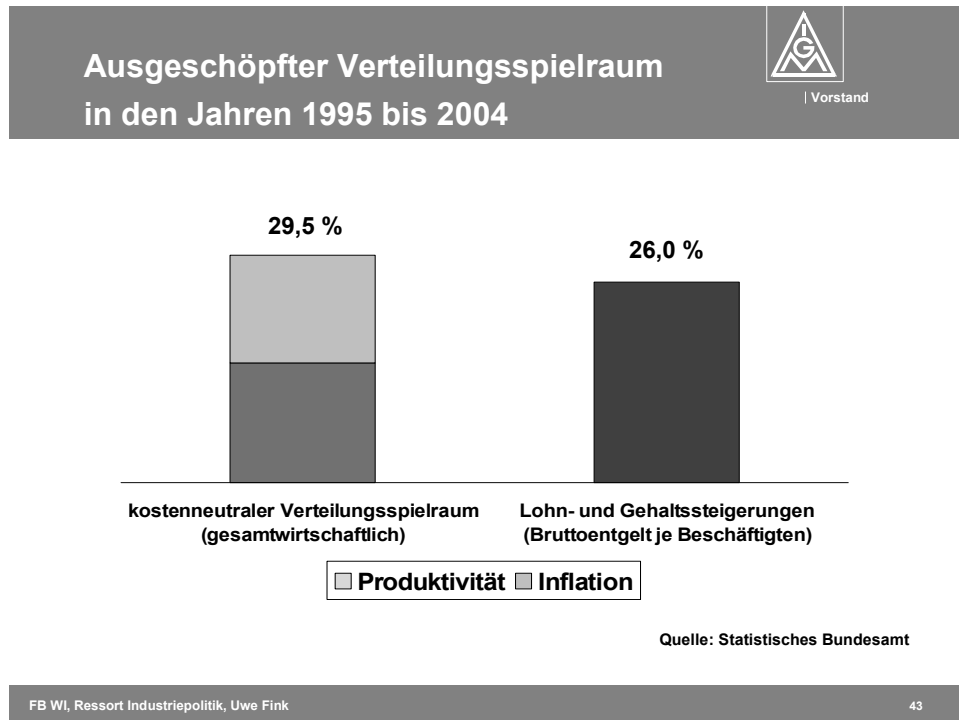
**Eisen- und Stahlindustrie
Anteil Lohn- und Gehalt am Umsatz**
- in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt

4. Gesamtwirtschaftlicher Verteilungsspielraum

Im Zeitraum von 1995 bis 2004 ist der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum durch die Einkommensentwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie nicht voll ausgeschöpft worden.



Für das Jahr 2005 rechnet die IG Metall mit einer

- gesamtwirtschaftlichen Erhöhung der Produktivität von 1,8 bis zwei Prozent
- und einer zu erwartenden Preissteigerung von 1,6 bis 1,8 Prozent.

Das ergibt in der Summe einen kosten und verteilungsneutralen Finanzierungsspielraum von 3,4 bis 3,8 Prozent, - ohne Umverteilung von den Unternehmens-einkommen zu den Arbeitseinkommen und ohne Beteiligungskomponente, die angesichts der in 2004 realisierten und für 2005 erwarteten außerordentlich hohen Profite der Stahlindustrie durchaus gerechtfertigt ist.

Eine Stärkung der Binnennachfrage ist dringend nötig!

Erneute Steuerentlastungen durch die Einkommenssteuerreform werden auch in diesem Jahr wieder überwiegend im Sande verlaufen, da gleichzeitig erhöhte Abgaben und Eigenbelastungen im Gesundheitswesen sowie bei der Altersvorsorge auf die privaten Haushalte zukommen. Die Ankurbelung der Binnenkonjunktur durch die privaten Haushalte muss durch einen Zuwachs der Tariflöhne und -gehälter mindestens im Rahmen des oben genannten kostenneutralen Verteilungsspielraums unterstützt werden. Die Kaufkraft der Beschäftigteneinkommen kann ohne einen derartigen tarifpolitischen Ansatz nicht ausreichend gesteigert werden!

